

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Kerstin Müller (Köln), Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Harald Ebner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Neue Initiative für transatlantische Kooperation in der Klima- und Energiepolitik**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ohne die USA lässt sich die klimapolitische Herausforderung nicht meistern und das Ziel, die Klimaerwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, nicht erreichen. Um die globale Gemeinschaft – einschließlich der Schwellenländer – zu einer Transformation zu kohlenstoffarmen Wirtschaften zu überzeugen, bedarf es auch eines sehr deutlichen US-amerikanischen Engagements.

Daher haben die EU und Deutschland ein großes Interesse, die USA in diesem Zusammenhang zu unterstützen.

Gleichzeitig haben die USA erhebliche Potentiale in der Technologieentwicklung und -verbreitung. Gemeinsam mit den USA lassen sich klimapolitische Ziele leichter, effizienter und besser erreichen.

Aufgrund der langen und historischen Verbundenheit der USA und Deutschlands ist dies eine wichtige Partnerschaft.

Derzeit sind die Chancen einer Beteiligung der USA an einem international verbindlichen Klimaabkommen nur gering. Umso wichtiger ist es, im Rahmen einer internationalen Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (KLUG) mit Kooperationen auf allen Ebenen die USA zu einer Senkung ihrer Treibhausgasemissionen zu bewegen. Insbesondere fortschrittlichen Bundesstaaten kommt hier eine besondere Rolle zu.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Klimapolitik zu einem zentralen Schwerpunkt in den transatlantischen Beziehungen zu machen;
- einen Vorschlag vorzulegen, mit welchen Initiativen die Kooperation zwischen den USA und Deutschland bzw. der EU ausgebaut werden sollen, um den Klimaschutz voranzubringen. Dies betrifft in erster Linie politische, technische und wissenschaftliche Aspekte der Klima- und Energiepolitik;

- die europäischen Erfahrungen, strukturschwache und ländlich geprägte Mitgliedstaaten für einen ambitionierten Klimakurs zu gewinnen, in die transatlantischen Beziehungen einzubringen;
- die im Jahr 2008 gegründete Transatlantische Klimabrücke substanziell auszubauen und zu verstetigen. Dabei soll neben dem Austausch auf politischer Ebene auch der transatlantische Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Umweltverbänden, Vertretern der Wissenschaft und Bildungspolitik sowie Medienvertretern gestärkt werden. Deutsche Bundesländer, die mit US-amerikanischen Bundesstaaten Partnerschaften pflegen (z. B. Schleswig-Holstein und Maryland, Nordrhein-Westfalen und Pennsylvania), sollen in der Durchführung transatlantischer klima- und energiepolitischer Initiativen unterstützt werden;
- für die Agenda des im November 2009 gegründeten US-EU-Energierats Themen vorzuschlagen, die einen schnellstmöglichen Umbau der Energiesysteme auf erneuerbare und effiziente Technologien auf beiden Seiten des Atlantiks einleiten. Priorität sollten dabei klimafreundliche und sichere Technologien wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Elektromobilität, grüne Architektur und Smart Grids haben sowie der Abbau fossiler Subventionen und Handelserleichterungen für klimafreundliche Produkte. Neben diesen technischen Fragen soll behandelt werden, mit welchen politischen Instrumenten diese Technologien in Märkten zum Einsatz kommen, z. B. durch Einspeisevergütungsmodelle, CO<sub>2</sub>-Handel, Top-Runner-Programme etc.;
- Vorschläge zu machen, welcher Rahmen einen klimapolitisch nachhaltigen, transatlantischen Emissionshandel ermöglichen kann. Dabei sollen Optionen berücksichtigt werden, wie – sofern der Beginn eines US-weiten Emissionshandels sich noch länger nicht realisieren lässt – zunächst subnationale Emissionshandelssysteme der USA (z. B. Regional Greenhouse Gas Initiative – RGGI, Western Climate Initiative – WCI) mit dem europäischen Emissionshandel verknüpft werden können;
- bei der US-Regierung darauf hinzuwirken, dass sich die EU und die USA gemeinsam dafür einsetzen, Foren wie G8, G8+5 oder G20 dafür zu nutzen, die Klimaschutzagenda voranzutreiben;
- in ihren Kontakten mit Mitgliedern des US-Kongresses auf die Notwendigkeit eines weltweiten Klimaschutzes hinzuweisen und auf die wichtige Rolle, die die USA dabei spielen;
- sich für eine gemeinsame Initiative zur Förderung einer ambitionierten Arbeit der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) mit greifbaren Ergebnissen einzusetzen.

Berlin, den 18. Oktober 2011

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**